Sitzungsvorlage

Nr.: 2018/124

Antrag

Antrag der Gruppe „Elbe Wendland,, im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 19.11.2018: Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Gewässersystem der Jeetzel mit Quellwälder“
--

Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft	29.11.2018	TOP
Kreisausschuss	10.12.2018	TOP
Kreistag	17.12.2018	TOP

Eingang per E-Mail am 19.11.2018

Gruppe Elbe Wendland

Antrag der Gruppe „Elbe Wendland“ Zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Gewässersystem der Jeetzel mit Quellwälder“

Änderungen folgender Punkte:

Im § 2a“Absatz 1, Nr. 1.- Besonderer Schutzzweck“

Muss in der vierten Zeile die Passage „auch mit flutender Vegetation“ ersatzlos gestrichen werden.

Begründung: Die hohen Wasserstände in 2017 haben gezeigt, welchen Einfluss flutende Vegetation auf die Abflussmenge hat. Das ganze Gewässersystem der Jeetzel mit seinen Bächen, Kanälen und Gräben ist zur Entwässerung der Jeetzelniederung im Landkreis Lüchow Dannenberg sowie für die Durchleitung der Wassermengen aus den Zuflüssen in der Altmark angelegt worden. Diese Aufgabe muss auch in Zukunft ohne Einschränkungen gewährleistet sein.

Im § 3 Absatz 1- Verbote

Nr. 1.: Hunde

Dieser Absatz sollte ersatzlos gestrichen werden.

Begründung: Das ganze Schutzgebiet zieht sich über eine große Länge als schmales Band durch den Landkreis. Eine Einhaltung des Verbotes führt voraussichtlich oft zu Problemen und Grenzfällen, eine Kontrolle ist schwierig. Außerdem berührt das LSG auch Siedlungsgebiete und es gibt in LSG- Gebieten kein grundsätzliches Betretungsverbot. Darüber hinaus besteht auch heute bereits allgemeiner Leinenzwang in den Brut- und Setzzeiten im Frühjahr. Es ist eine Auflage die aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zum Erfolg steht.

Nr. 4.: Bohrungen

Bohrungen zur Anlage von Beregnungsbrunnen sollten zumindest dann erlaubt sein, wenn für einen bestehenden Brunnen ein Ersatzbrunnen gebohrt wird.

Begründung: Dieser Vorgang führt zu keiner Verschlechterung des Grundwasserbestandes

und ist zuzulassen.

Des Weiteren sollten Anschlussgenehmigungen für bereits genehmigte wasserrechtliche Entnahmen im Rahmen des Bestandsschutzes weiterhin möglich sein.

Nr.5.: Wasserentnahme

Die Aufnahme der Jeetzel zur Wasserentnahme ist die richtige Entscheidung, darüber hinaus sollte die Möglichkeit der Wasserentnahme auf die Dumme und den Lüchower Landgraben erweitert werden.

Begründung: Durch das verbundene Gewässersystem mit korrespondierenden Wasserständen und der Möglichkeit den Pegelstand der Dumme über das Lüchower Wehr zu steuern, wird ein ausreichender konstanter Wasserstand garantiert.

Durch die klimatisch bedingten Extremjahre, sollten wir neben einem leistungsfähigen Abfluss bei hohen Wassermengen auch die Möglichkeit der Rückhaltung von Wasser auf der Fläche durch die Entnahme für die Beregnung in trockenen Jahren nutzen. Das Wasser sollte nicht ungenutzt in die Elbe abfließen.

Nr. 17. b: Beseitigung Gehölze

Die jetzige Formulierung ist für uns nicht klar definiert, erst in der Begründung kann man den Sinn der Aussage etwas erkennen.

Deshalb schlagen wir vor b wie folgt zu ändern:

„sofern dies nicht im Rahmen einer fachgerechten Unterhaltung oder Bearbeitung erfolgt.“

Nr.24.: Errichtung baulicher Anlagen

Diesen Punkt ist aus der LSG-VO zu streichen.

Begründung: Ist dieser Punkt ist aus unserer Sicht überflüssig da eine Errichtung von Baulichen Anlagen für Maßnahmen die jetzt nicht in der VO freigestellt sind, nach dem Baurecht nicht ohne Baugenehmigungsverfahren möglich ist. Beim Baugenehmigungsverfahren ist die untere Naturschutzbehörde beteiligt.

Ein allgemeines Verbot der Errichtung von baulichen Anlagen im LSG-Gebiet, ob Innen- oder Außenbereich stellt eine unverhältnismäßige Einschränkung von Eigentümerrechten dar.

Nr.28.: 2,50 Meter Schutzstreifen

Dieser Punkt ist aus der LSG-VO zu streichen

Begründung: Dieses Verbot geht über die LSG-VO hinaus, da ein 2,50 m breiter Schutzstreifen nach § 68 Abs. 1 BNatSchG einen entschädigungspflichtigen Eingriff darstellt. Dieses Verbot gehört in einen NSG, Biotope §30 oder ähnliche Gebietsausweisungen, aber nicht in ein LSG. Die in der Begründung aufgeführten Punkte reichen noch nicht aus, um eine Überregulierung mit dann möglichen Ausgleichszahlungen, welche vom Landkreis zu leisten wären, durchzuführen.

Im § 3 Absatz 2- Verbote

b):

Hier fehlt die Klarstellung in VO und Begründung, dass nicht die unter Naturschutzbehörde, sondern die Wasserbehörde im Benehmen mit der Naturschutzbehörde und den Verbänden die notwendigen Maßnahmen zur Gewässerunterhaltung regelt.

Begründung: In den Unterhaltungsplan der Gewässer müssen sich neben den Belangen des Naturschutzes vorrangig die Erkenntnisse der Wasserbehörde zu einem einwandfreien Abfluss der Wassermengen Einfluss wiederfinden.

f)

Diesen Punkt aus der LSG-VO streichen.

Begründung: Es bedarf hier keiner weiteren Regelung da der Absatz 1 uneingeschränkt gelten soll. Der Absatz muss gestrichen werden, da er sonst irreführend ist.

Mit aufnehmen in die LSG-VO

Die im Zeitraum von 1950 – 1975 geschaffen Vorflutverhältnisse und Entwässerungsanlagen zur Hochwasser- und Niederschlagswasserabführung sind in der genehmigten Form

unbedingt aufrechtzuhalten.

Allgemeine Begründung:

Der Kreistag ist mit seinem Beschluss weg von einem NSG hin zu einem LSG den Bedenken und Ängsten der Verbände sowie der Bürger gefolgt. Das Gewässersystem Jeetzel ist die wichtigste Grundlage für den Erhalt und Schutz der Siedlungsgebiete in weiten Teilen des Landkreises in Ihrer jetzigen Struktur. Gleiches gilt für die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen und damit für die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis. Die FFH- Richtlinie für dieses Gebiet schreibt uns nicht den Schutzstatus vor, aber mit dieser LSG-VO und den oben genannten Änderung werden wir der FFH- Richtlinie gerecht, und leisten damit einen Beitrag zum Erhalt der naturnahen Kulturlandschaft.

Stellungnahme der Verwaltung:

Vorbemerkung:

Die Begründung des Änderungsantrages der Gruppe Elbe-Wendland ist nachvollziehbar und wird aus Sicht der Verwaltung geteilt. Das Jeetzel-System mit seinen natürlichen Bächen und den künstlich geschaffenen Gräben stellt das zentrale wasserwirtschaftliche System dar, das eine flächendeckende Bewirtschaftung des Landkreises überhaupt erst ermöglicht hat. Die Ausweisung im Jahre 2008 als FFH-Gebiet wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt (auch durch Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde) als nicht zielführend angesehen. Das Konfliktpotential zwischen einem in großen Teilen künstlich geschaffenen System und Naturschutzinteressen wurde schon damals erkannt. Trotz der Einwände wurde das Gebiet als künftige FFH-Gebietskulisse durch das NMU an die EU gemeldet. Heute, mehr als 10 Jahre nach der Meldung, steckt der Landkreis Lüchow-Dannenberg in dem Dilemma gegen die land- und wasserwirtschaftlichen Interessen der Region dieses Gebiet FFH-RL-konform sichern zu müssen.

Mit dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf der Verordnung soll dieser Interessenkonflikt, soweit es rechtlich möglich war, abgemildert werden. Auch zukünftig wird es in dem Spannungsfeld Naturschutz, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft nicht möglich sein, eine Übereinstimmung aller Ziele und Wünsche für dieses Gebiet zu erlangen. Es kann jedoch über einen zwischen diesen Partnern abgestimmten Unterhaltungsplan und den ebenso abgestimmten FFH-Managementplan versucht werden, in einem gemeinsamen Prozess sich zu nähern.

Dieses vorausgeschickt, möchte ich, wie folgt, zu den einzelnen Punkten des Antrages Stellung nehmen:

1.

Im § 2a“Absatz 1, Nr. 1.- Besonderer Schutzzweck“

Muss in der vierten Zeile die Passage „auch mit flutender Vegetation“ ersatzlos gestrichen werden.

Begründung: Die hohen Wasserstände in 2017 haben gezeigt, welchen Einfluss flutende Vegetation auf die Abflussmenge hat. Das ganze Gewässersystem der Jeetzel mit seinen Bächen, Kanälen und Gräben ist zur Entwässerung der Jeetzelniederung im Landkreis Lüchow Dannenberg sowie für die Durchleitung der Wassermengen aus den Zuflüssen in der Altmark angelegt worden. Diese Aufgabe muss auch in Zukunft ohne Einschränkungen gewährleistet sein.

Es wird scheinbar angenommen, dass das Vorhandensein flutender Vegetation die Gewässerunterhaltung be- oder verhindert. Offenbar wird der Begriff „flutende Vegetation“ missverstanden: Die Definition des Begriffes lautet „von einer deutlich ausgeprägten Strömung in Fließrichtung bewegte Wasservegetation“ (Hinweis zur Definition der Lebensraumtypen (LRT) in Niedersachsen/v. Drachenfels, 2014) und bedeutet nicht eine Vegetation, die zu einem Überfluten von Flächen führt.

Auch bei Vorhandensein flutender Vegetation muss die Gewässerunterhaltung, wie schon immer, im erforderlichen Umfang durchgeführt werden. Flutende Vegetation kommt in jedem Fließgewässer seit Jahrzehntausenden vor. Es handelt sich nicht um einen FFH-LRT oder einen gesetzlich geschützten Biotop.

Daher kann der Passus „auch mit flutender Vegetation“ gestrichen werden. Eine Streichung wäre eine unwesentliche Änderung.

2.

Im § 3 Absatz 1- Verbote

Nr. 1.: Hunde

Dieser Absatz sollte ersatzlos gestrichen werden.

Begründung: Das ganze Schutzgebiet zieht sich über eine große Länge als schmales Band durch den Landkreis. Eine Einhaltung des Verbotes führt voraussichtlich oft zu Problemen und Grenzfällen, eine Kontrolle ist schwierig. Außerdem berührt das LSG auch Siedlungsgebiete und es gibt in LSG- Gebieten kein grundsätzliches Betretungsverbot. Darüber hinaus besteht auch heute bereits allgemeiner Leinenzwang in den Brut- und Setzzeiten im Frühjahr. Es ist eine Auflage die aus unserer Sicht in keinem Verhältnis zum Erfolg steht.

Der ganzjährige Leinenzwang für Hunde soll insbes. die wertgebenden Arten Biber und Fischotter vor Übergriffen durch Hunde schützen. Eine absehbare ganzjährige Gefahr für wertgebende Tierarten der FFH-RL nicht durch eine angemessene Regelung in der VO zu minimieren, hieße ggf. eine ungenügende Sicherung durchzuführen und ggf. das notwendige Erhaltungsziel nicht erreichen zu können. Der Vollzug einer solchen Regelung ist grundsätzlich möglich, wobei grundsätzlich von einem gesetzestreuem Verhalten der Bürger auszugehen ist.

Eine Streichung hätte rechtliche Unsicherheiten zur Folge und könnte auf Grund der Betroffenheit von wertgebenden Tierarten der FFH-RL ggf. zu Korrekturen der Fachaufsichtsbehörde bzw. zu Klagen von bspw. Naturschutzverbänden führen.

3.

Nr. 4.: Bohrungen

Bohrungen zur Anlage von Beregnungsbrunnen sollten zumindest dann erlaubt sein, wenn für einen bestehenden Brunnen ein Ersatzbrunnen gebohrt wird.

Begründung: Dieser Vorgang führt zu keiner Verschlechterung des Grundwasserbestandes und ist zuzulassen.

Des Weiteren sollten Anschlussgenehmigungen für bereits genehmigte wasserrechtliche Entnahmen im Rahmen des Bestandsschutzes weiterhin möglich sein.

(Siehe Auswertung TÖB zu Nr. 13.3. – Synopse)

Der Bestandsschutz wird gesetzlich und auch in der Verordnung (§ 3 (2) d) garantiert. Erst bei Erforderlichkeit von Anträgen aufgrund gesetzlicher Regelungen greift das o.a. Verbot. Ausnahmen sind gem. § 4 möglich.

Wie bei jedem Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung zur Entnahme von Grundwasser zum Zwecke der Feldberegnung sind auch naturschutzfachliche und -rechtliche Belange zu prüfen. Innerhalb dieses LSG ist es nicht anders. In der VO sind bestimmte Schutzgüter, u.a. grundwasserabhängige, als besonderer Schutzzweck im § 2 a als wertgebende LRT besonders betont. Eine Verschlechterung insbes. dieser LRT darf gem. § 33 (1) BNatSchG nicht erfolgen. Wenn dies nicht zu besorgen ist, also die Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck gegeben ist, ist die Ausnahme zu erteilen - § 4 a) LSG-VO.

Wenn also bereits an einem nahegelegenen Standort lediglich ein Ersatzbrunnen geteuft werden soll und sich auch die beantragte Wassermenge nicht erhöht, ist grundsätzlich nicht davon auszugehen, dass „plötzlich nicht mehr beregnet werden darf“.

Eine absehbare Gefahr für wertgebende LRT der FFH-RL, wie z.B. 91E0, nicht durch eine angemessene Regelung in der VO zu minimieren/eliminieren, hieße eine ungenügende Sicherung durchzuführen und ggf. das notwendige Erhaltungsziel nicht erreichen zu können.

Die vorhandene Regelung trägt den o.a. Anforderungen weitestgehend über die Ausnahmemöglichkeit Rechnung, eine noch weitergehende Änderung ist nicht möglich.

4.

Nr.5.: Wasserentnahme

Die Aufnahme der Jeetzel zur Wasserentnahme ist die richtige Entscheidung, darüber hinaus sollte die Möglichkeit der Wasserentnahme auf die Dumme und den Lüchower Landgraben erweitert werden.

Begründung: Durch das verbundene Gewässersystem mit korrespondierenden Wasserständen und der Möglichkeit den Pegelstand der Dumme über das Lüchower Wehr zu steuern, wird ein ausreichender konstanter Wasserstand garantiert.

Durch die klimatisch bedingten Extremjahre, sollten wir neben einem leistungsfähigen Abfluss bei hohen Wassermengen auch die Möglichkeit der Rückhaltung von Wasser auf der Fläche durch die Entnahme für die Beregnung in trockenen Jahren nutzen. Das Wasser sollte nicht ungenutzt in die Elbe abfließen.

Wasserentnahmen über den Gemeingebrauch hinaus, also mittels Aggregaten, können die Wasserstände auch in Fließgewässern so absenken, dass erhebliche Beeinträchtigungen wertgebender Arten und LRT möglich sind. Dies gilt insbesondere für die Fließgewässer, die eine geringere Wasserführung aufweisen als der zentrale Vorfluter, die Jeetzel. Eine Befreiung gemäß § 5

LSG-VO kann jedoch für alle Gewässer beantragt werden.

Prüfkriterium ist die Vereinbarkeit des Antrages mit dem Schutzzweck. Wenn aufgrund von Erfahrungswerten, die auch wie hier in landesweiten Vorgaben zum Ausdruck kommen, von vornherein eine erhebliche Beeinträchtigung von Schutzgütern durch den Antragsgegenstand nicht ausgeschlossen werden kann, darf eine Ausnahme nicht vorgesehen werden, es ist eine Befreiung erforderlich.

Eine absehbare Gefahr für wertgebende LRT oder Arten der FFH-RL, wie z.B. 91E0 oder Fischarten (Laich), nicht durch eine angemessene Regelung in der VO zu minimieren/eliminieren, hieße eine ungenügende Sicherung durchzuführen und ggf. das notwendige Erhaltungsziel nicht erreichen zu können.

Die Erweiterung der Ausnahme zur Entnahme auf Dumme und Lüchower Landgraben ist wegen Betroffenheit von FFH-Arten und LRT nicht möglich. Die vorhandene Regelung trägt den o.a. Anforderungen zumindest teilweise über die Befreiungsmöglichkeit Rechnung.

5.

Nr. 17. b: Beseitigung Gehölze

Die jetzige Formulierung ist für uns nicht klar definiert, erst in der Begründung kann man den Sinn der Aussage etwas erkennen.

Deshalb schlagen wir vor b wie folgt zu ändern:

**„sofern dies nicht im Rahmen einer fachgerechten Unterhaltung oder Bearbeitung erfolgt.“
Der Anregung wurde bereits gefolgt, sie ist Gegenstand der Verwaltungsvorlage.**

§ 3 (2) a LSG-VO wurde ergänzt: „... Fachgerechte Unterhaltungsmaßnahmen,“ und § 3 (1) 17b LSG-VO wird gestrichen.

6.

Nr.24.: Errichtung baulicher Anlagen

Diesen Punkt ist aus der LSG-VO zu streichen.

Begründung: Ist dieser Punkt ist aus unserer Sicht überflüssig da eine Errichtung von Baulichen Anlagen für Maßnahmen die jetzt nicht in der VO freigestellt sind, nach dem Baurecht nicht ohne Baugenehmigungsverfahren möglich ist. Beim Baugenehmigungsverfahren ist die untere Naturschutzbehörde beteiligt.

Ein allgemeines Verbot der Errichtung von baulichen Anlagen im LSG-Gebiet, ob Innen-oder Außenbereich stellt eine unverhältnismäßige Einschränkung von Eigentümerrechten dar.

Die Verordnung verbietet – wie jede LSG-VO – a priori das Bauen im Schutzgebiet. § 3 (1) 24 stellt dann untergeordnete Bauvorhaben frei, insbes. landwirtschaftliche. Der § 4 sieht dann Ausnahmemöglichkeiten für privilegierte land- u. forstwirtschaftliche Bauvorhaben vor. Alle übrigen Bauvorhaben müssten im Rahmen einer Befreiung genehmigt werden.

Im Innenbereich, gemäß § 34 BauGB, umfasst das LSG ausschließlich das reine Gewässerprofil zwischen den Böschungsoberkanten. Dieses steht grundsätzlich für Bauzwecke nicht zur Verfügung (vgl. § 35 (3) 3 BauGB/ordnungsgemäßer Wasserabfluss).

Eine „unverhältnismäßige Einschränkung“ von Eigentümerrechten läge dann vor, wenn bestehende Baurechte entzogen oder eingeschränkt werden würden. Im Außenbereich gemäß § 35 BauGB, also dem überwiegenden Teil des LSG, bestehen a priori nirgendwo Baurechte - insofern kann es auch keine Einschränkungen geben.

Die UNB hat mit eigenständigen Regelungen für die Einhaltung/Vereinbarkeit von Vorhaben mit dem Schutzzweck zu sorgen-dies ist Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises zum § 32 (3) BNatSchG. Eine reine Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren zur Eingriffsregelung gem. § 14 BNatSchG ermöglichte es der Bauaufsichtsbehörde die Stellungnahme der UNB, die lediglich im Benehmen erfolgt, abzuwägen – d.h., dass die Bauaufsicht über die Zulässigkeit, Minimierung und Kompensation in völliger Abweichung von der Stellungnahme der UNB agieren kann. Es bestünde dadurch die Gefahr, dass wertgebende Schutzgüter beeinträchtigt werden können. Von daher ist das Abstellen auf die „Eingriffsregelung“ nicht ausreichend, um die Einhaltung des Schutzzweckes zu gewährleisten. Eine absehbare Gefahr für wertgebende LRT oder Arten der FFH-RL, nicht durch eine angemessene Regelung in der VO zu minimieren/eliminieren, hieße eine ungenügende Sicherung durchzuführen und ggf. das notwendige Erhaltungsziel nicht erreichen zu können.

Die vorhandene Regelung trägt den rechtlichen Anforderungen Rechnung. Eine völlige Freistellung ist nicht möglich, aber entsprechende Ausnahme- und Befreiungstatbestände wurden in der Verordnung bereits verankert.

7.

Nr.28.: 2,50 Meter Schutzstreifen (Einsatz von Pflanzenschutzmitteln)

Dieser Punkt ist aus der LSG-VO zu streichen

Begründung: Dieses Verbot geht über die LSG-VO hinaus, da ein 2,50 m breiter Schutzstreifen nach § 68 Abs. 1 BNatSchG einen entschädigungspflichtigen Eingriff darstellt. Dieses Verbot gehört in einen NSG, Biotop §30 oder ähnliche Gebietsausweisungen, aber nicht in ein LSG. Die in der Begründung aufgeführten Punkte reichen noch nicht aus, um eine Überregulierung mit dann möglichen Ausgleichszahlungen, welche vom Landkreis zu leisten wären, durchzuführen.

Der Anregung wurde bereits gefolgt, die Regelung wurde in der Verordnung gestrichen, die Begründung wurde ergänzt und ist Gegenstand der Verwaltungsvorlage.

Unabhängig davon stellte die Regelung lt. Urteilen des OVG LG keinen entschädigungspflichtigen Eingriff dar.

8.

Im § 3 Absatz 2- Verbote (Freistellung von Verboten)

b):

Hier fehlt die Klarstellung in VO und Begründung, dass nicht die unter Naturschutzbehörde, sondern die Wasserbehörde im Benehmen mit der Naturschutzbehörde und den Verbänden die notwendigen Maßnahmen zur Gewässerunterhaltung regelt.

Begründung: In den Unterhaltungsplan der Gewässer müssen sich neben den Belangen des Naturschutzes vorrangig die Erkenntnisse der Wasserbehörde zu einem einwandfreien Abfluss der Wassermengen Einfluss wiederfinden.

Die Regelungen zur Gewässerunterhaltung sind nicht Gegenstand der LSG-VO. Es erfolgt jedoch eine Regelung, dass der Gewässerunterhaltungsplan im Einvernehmen mit der UNB zu erstellen ist.

*Dies muss es der UNB ermöglichen die Erhaltungsziele des § 2 und 2a zu wertgebenden Arten und LRT auch bei der Gewässerunterhaltung einfließen zu lassen (s.o.). Im Übrigen erfolgt die Aufstellung des Planes selbst nach den bisherigen gesetzlichen Regelungen des Wasser- und Naturschutzgesetzes etc. Auf die **gesetzlich begründeten Pflichten der UNB bei allen***

Entscheidungen „alle sonstigen Anforderungen an Natur und Landschaft“ bei einer Abwägung zu berücksichtigen“ (§ 2(3)BNatSchG)- also auch z.B. das Wasserrecht und auf die Regelung, dass bei „Flächen für **öffentliche Zwecke die Funktionssicherung zu gewährleisten** ist“ (§ 4.6 BNatSchG) ist nochmals hinzuweisen. Entständen aus potenziellen Anordnungen der UNB zur Reduzierung /Einstellung der Gewässerunterhaltung Schadensfälle würde die anordnende Behörde haftbar, spricht entschädigungspflichtig werden, nicht der UHV.

*Eine Darstellung, dass Regelungen zur Gewässerunterhaltung **nur durch die UWB im Benehmen mit der UNB** erfolgen, entspricht nicht dem seit langem geltenden Recht. Die UNB hat auch zum Thema Gewässerunterhaltung eigene Genehmigungstatbestände im übertragenen Wirkungskreis durchzuführen: Artenschutz gem. § 44 f BNatSchG, Biotopschutz gem. § 30 BNatSchG, Allgem. Biotopschutz gem. § 39 BNatSchG, Verschlechterungsverbot gem. § 33 BNatSchG, Vollzug Verordnungen u.a. m. Allein aus diesen Gründen heraus könnte die o.a. Formulierung nicht greifen, sie widerspräche den gesetzlichen Grundlagen. Unabhängig davon ist der Landkreis eine Einheitsbehörde. Bereits die AGA sieht verpflichtend die Beteiligung aller potenziell betroffenen Fachdienste bei einem Vorgang vor. Widersprüchliche Stellungnahmen von FD werden entweder von der Dezernatsleitung oder vom Landrat entschieden.*

Da die Gewässerunterhaltung bzw. der Plan nicht Gegenstand der Verordnung sind, sind Aussagen hierzu dort auch nicht möglich, es fehlt an der Grundlage.

9.

Im § 3 Absatz 2- Verbote (Freistellung von Verboten)

f)

Diesen Punkt aus der LSG-VO streichen.

Begründung: Es bedarf hier keiner weiteren Regelung da der Absatz 1 uneingeschränkt gelten soll. Der Absatz muss gestrichen werden, da er sonst irreführend ist.

*Der Paragraph beinhaltet die **Freistellung der ordnungsgemäßen Landwirtschaft von den Verboten der Verordnung** unter Beachtung der Einschränkungen des Absatzes 1 (Verbote). Da die Ausübung landwirtschaftlicher Tätigkeiten deutlich mehr Aspekte aufweist als die im Absatz 1 genannten, ist dieser Absatz zur Verdeutlichung der Freistellung und zur Vermeidung von Verbotsirrtümern sinnvoll. Gleiches gilt für Forstwirtschaft, Jagd usw. Die o.a. Anregung schien auf **einem Missverständnis** des Sinns der Regelung zu beruhen. **Eine Streichung der gesonderten Freistellung der Landwirtschaft wird nicht als sinnvoll angesehen.** Im Übrigen findet sich diese in allen bisherigen Verordnungen und wurde seitens der Vertreter der Landwirtschaft selbst angeregt.*

Eine Streichung würde die Rechtssicherheit von Landwirten beeinträchtigen und wird daher als nicht sinnvoll angesehen.

10.

Mit aufnehmen in die LSG-VO

Die im Zeitraum von 1950 – 1975 geschaffenen Vorflutverhältnisse und Entwässerungsanlagen zur Hochwasser- und Niederschlagswasserabführung sind in der genehmigten Form unbedingt aufrechtzuhalten.

Ein entsprechender Passus kann in die Begründung aufgenommen werden. Inhaltlich ist dies in der Verordnung in allgemeiner Formulierung allerdings bereits enthalten (§ 3 3(2) d).

Die Ergänzung der Begründung stellt keine wesentliche Änderung dar und kann daher erfolgen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die Punkte 1, 5, 7 und 10 rechtssicher in die Verordnung übernommen werden können bzw. schon eingearbeitet wurden.

Eine Änderung des Punkt 2 hätte rechtliche Unsicherheiten zur Folge und könnte auf Grund der Betroffenheit von wertgebenden Tierarten der FFH-RL zu Korrekturen der Fachaufsichtsbehörde bzw. zu Klagen von bspw. Naturschutzverbänden führen.

Die Punkte 3, 4 und 6 sind rechtlich nicht anders umsetzbar und die Verordnung regelt hierfür bereits die Möglichkeiten von Ausnahmen und Befreiungen.

Punkt 9 widerspricht den Regelungswünschen der Landwirtschaft und wird als Änderung daher nicht für sinnvoll angesehen.

Anlagen:

Keine